

SOLOTHURNER FREISINN

Wir machen Solothurn stark!

Bild: Simon von Gunten



Wir zählen auf Sie

Regierungs- und Kantonsratswahlen vom 9. März 2025

Die FDP Kanton Solothurn geht fokussiert und ambitioniert in die kantonalen Erneuerungswahlen. Mit Finanzdirektor Peter Hodel und Marco Lupi, Kantonsratspräsident 2024, wollen zwei etablierte Freisinnige die beiden FDP-Sitze im Regierungsrat verteidigen. Das Duo ist bestens gerüstet für den Wahlkampf, der nun in die heisse Phase geht. Zudem schicken sich 92 motivierte Kandidierende der FDP und der Jungfreisinnigen an, in den Kantonsrat gewählt zu werden. Sie finden alle Kandidierenden auf den Seiten 6 bis 8.

Im Alleingang gewinnt man keine Wahlen. Wir sind deshalb auf Sie angewiesen. Geben Sie unseren Kandidierenden Ihre Stimme und unterstützen Sie unseren Wahlkampf – sei es mit einem Leserbrief, mit Empfehlungen in Ihrem Bekanntenkreis, mit Ihrem Beitritt im Komitee von Peter Hodel und Marco Lupi oder auch mit einem Zustupf in unsere Wahlkampfkasse. Alle Informationen sowie sämtliche Kandidierendenporträts finden Sie unter www.wahlenkantonsolothurn.ch.



Unser Land braucht die FDP

Die liberale, eindeutig bürgerliche Politik

Liebe Freisinnige

An der Delegiertenversammlung vom 18. Januar hat die FDP aufgezeigt, wie wichtig unsere gradlinige, liberale politische Arbeit ist. Die Schweiz kippt je länger, je mehr nach links. Immer mehr Anspruchsgruppen melden ihre Forderungen an. Inzwischen beteiligen sich auch Teile der SVP am Ringen um Subventionen und rufen nach stets neuen Segnungen des Staats. Deshalb braucht unser Land die liberale, eindeutig bürgerliche Politik der FDP mehr denn je! Wir setzen uns ein für alle, die in diesem Land Verantwortung übernehmen. Verantwortung für das eigene Leben, für die Familie, für den Beruf, für die Gesellschaft.

Für alle, die den Wecker stellen

Den Begriff «Eigenverantwortung» kennen wir in der Schweiz schon lange. Aber es ist notwendiger denn je, dass wir uns dafür einsetzen. Denn die Koalition der Anspruchsvollen, die immer mehr Bedienung durch den Staat wollen, wächst unaufhörlich. Die FDP steht auf der Seite der Menschen, die bereit sind zu arbeiten, ihre Pflicht zu tun und sich jeden Tag für Beruf, Familie und Gesellschaft einzusetzen. Das heisst, wir kämpfen für das liberale Erfolgsmodell. Denn wir kämpfen für alle Menschen, die den Wecker stellen:

- Berufstätige, die ihrer Arbeit nachgehen und damit Wohlstand schaffen

- Unternehmerinnen und Unternehmer, die investieren und den Nachwuchs ausbilden
- Eltern, die ihr Zusammenleben frei gestalten und Familien- wie Berufsarbeit ohne steuerliche Nachteile wünschen
- Frauen und Männer, die umfassende Sicherheit und krisenfeste Infrastrukturen brauchen
- alle Bürgerinnen und Bürger, die am Erfolgsmodell Schweiz mitwirken und mitbauen

Realität statt Utopie

In den letzten Jahren haben geopolitische Verwerfungen und Krisen die Welt und die Schweiz erschüttert. Wir werden dramatisch daran erinnert, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand, Sicherheit noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Angesichts dieser Herausforderungen ist es unverständlich, dass manche noch immer lieber über das Gendern, Lärmschutzverordnungen oder die Namen von Strassenschildern diskutieren. Die Schweiz braucht dringend eine Änderung der Prioritäten. Mehr Realitätssinn statt Wunschdenken! Nur so ist es möglich, dass auch unsere Enkelkinder noch in Freiheit und Wohlstand leben.

Umweltverantwortungsinitiative gleich Verarmungsinitiative

Bestes Beispiel ist die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen: Sie fordert innert 10 Jahren

eine utopische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses. Um deren Ziele zu erreichen, müssten wir auf 67 Prozent unseres heutigen Konsums verzichten. Allein die Energiepreise müssten massiv angehoben werden. Das bedeutet einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU. Die Schweiz würde auf das Niveau von Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar abgleiten. Übrigens: Die gleichen politischen Kräfte, welche die Umweltverantwortungsinitiative unterstützen, forderten auch industriepolitische Massnahmen für die hiesige Stahlindustrie wegen zu hoher Energiepreise – was für ein Widerspruch. Die Schweiz braucht eine liberale Umweltpolitik, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz deshalb den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen. Ich bitte Sie daher um ein NEIN zur Umweltverantwortungsinitiative am 9. Februar.

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Bild: Michel Lüthi, bilderwerft.ch



«Arbeitsplätze gehen verloren»

Interview mit Kantonsrat Markus Dietschi

Am 9. Februar stimmen wir darüber ab, ob im Kanton Solothurn ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden soll. Kantonsrat Markus Dietschi sagt im Interview, weshalb diese linksideologische Initiative für unseren Wirtschaftsstandort und insbesondere für Arbeitnehmende aus Tieflohnsegmenten extrem gefährlich ist.

Markus Dietschi, was droht dem Kanton Solothurn ganz konkret bei einer Annahme der Mindestlohn-Initiative?

Mit der Annahme dieser kantonalen Initiative leidet die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Solothurn. Arbeitsplätze mit einfachen und repetitiven Arbeiten gehen verloren. Unternehmen, darunter auch Landwirtschaftsbetriebe, mit solchen Arbeitsplätzen wären gezwungen, entweder ihren Sitz in einen benachbarten Kanton zu verlegen oder ganze Geschäftszweige aufzugeben. Zudem gerät das ganze Lohngefüge durcheinander. Ungelernte Mitarbeiter verdienen plötzlich mehr als Angelernte aus verschiedenen Berufen.

Die Initianten sagen: «Mit einem Mindestlohn schützen wir alle Menschen vor Tieflohnen.» Warum stimmt diese Aussage nicht?

Die Aussage berücksichtigt nicht, dass ein Mindestlohn nicht zwingend zu höheren Einkommen führt. Wer glaubt, dass Unternehmen im Kanton Solothurn plötzlich viel mehr für einfache Arbeiten bezahlen können als ihre Mitbewerber in anderen Kantonen und dabei noch wettbewerbsfähig bleiben sollen, glaubt wohl auch noch an den Storch. Es gibt auch in unserem Kanton Personen

ohne Ausbildung und mit oftmals schlechten Sprachkenntnissen, welche froh sind, überhaupt einen Verdienst zu erzielen. Viel wichtiger ist es, diesen Menschen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

Arbeit muss sich lohnen. Wie wird dieses Ziel aktuell erreicht?

Es gibt in unserem Land unzählige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten. Wer will, kann davon Gebrauch machen und profitiert automatisch von guten und fairen Löhnen. Zudem gibt es viele Gesamtarbeitsverträge, welche branchenübliche Mindestlöhne festlegen. Diese gelebte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist eine grosse Errungenschaft unseres Landes. In Gesamtarbeitsverträgen werden längst nicht nur Lohnbestimmungen ausgehandelt. Der Mindestlohn ist ein Angriff auf die Sozialpartnerschaft.

Die Mindestlohn-Initiative ist ein Angriff auf die Wirtschaftsfreiheit. Was bedeutet das für die KMU in unserem Kanton?

Wirtschaftsfreiheit bedeutet aus meiner Sicht unter anderem: gleich lange Spiesse für alle. Dies wäre mit der Einführung eines kantonalen Mindestlohns

Unsere Parolen

Am 9. Februar kommt neben der Mindestlohn-Initiative auch das kantonale Energiegesetz zur Abstimmung. Die Parolenfassung unserer Delegiertenversammlung vom 20. Januar 2025 erfolgte nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe.

Sie finden daher die Berichterstattung zur DV in unserem Solothurner Blog unter www.fdp-so.ch.

ausser Kraft gesetzt. Unternehmen in benachbarten Kantonen ohne Mindestlohn wären viel besser gestellt als unsere einheimischen Firmen. Besonders stark betroffen wären Unternehmen in arbeitsintensiven Branchen wie der Gastronomie oder der Landwirtschaft. Soweit es das wirtschaftliche Umfeld einer Unternehmung zulässt, erhalten gute Mitarbeiter schon heute viel mehr als den geforderten Mindestlohn.

Bei Frauen und Männern aus dem Tieflohn-bereich weckt die Initiative Hoffnungen. Wie ist damit umzugehen?

Es ist wichtig, die Hoffnungen ernst zu nehmen und alternative Wege aufzuzeigen, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Ein kantonaler Mindestlohn ist keine Lösung. Man muss den Tatsachen ins Auge schauen: Arbeitsplätze werden in Nachbarkantone verlagert oder ganz verschwinden. Bauen wir nicht auf Hoffnung, sondern auf Taten. Leben wir die Sozialpartnerschaft weiter und bieten den Mitarbeitenden Perspektiven. Diese Initiative ist zwar gut gemeint, schadet jedoch mehr, als sie nützt.

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

Sie wollen die Städte weiterbringen

Interview mit Susanne Sahli und Charlie Schmid



SUSANNE SAHLI

Susanne Sahli (53) ist Wirtschaftsförderin von Grenchen/Bettlach. Ihre berufliche Laufbahn führte sie für 17 Jahre nach Asien, wo sie ihre eigene Beratungsfirma gründete und als Präsidentin der Schweizer Handelskammer in Hongkong tätig war. In dieser Zeit hat sie gemeinsam mit Freunden ein Camp für rund 80 Flüchtlingskinder in Thailand aufgebaut. Susanne Sahli ist in ihrer Freizeit gerne in der Natur, bewirtet Gäste und singt in einem Chor. Sie ist ein grosser Fan von Bruce Springsteen.



CHARLIE SCHMID

Charlie Schmid (42) ist Partner einer Kommunikationsagentur und politisiert seit 2017 im Gemeinderat von Solothurn. Eines seiner Steckenpferde ist die Fasnacht, er gehört der Narrenzunft Honolulu an. Zudem ist er Ehrenmitglied im Solothurner Blasmusikverband und Revisor der Dornachia Ruppigonia Solodorensis. Charlie Schmid ist in festen Händen.

Susanne Sahli will in die Fussstapfen von Grenchens Stadtpräsident François Scheidegger treten und frischen Wind in die politische Debatte bringen. Charlie Schmid will Solothurns SP-Stadtpräsidentin Stefanie Ingold herausfordern und den Freisinnigen Freude im Wahlkampf bereiten. Im Interview sagen sie, wie sie «ihre» Städte weiterbringen möchten.

1 Susanne Sahli und Charlie Schmid, ihr wollt in Grenchen beziehungsweise in Solothurn das Stadtpräsidium übernehmen. Wieso?

Susanne Sahli: Ich möchte Grenchen als eine Stadt positionieren, die Lebensqualität, Fortschritt und Sicherheit vereint. Es ist mir wichtig, die erfolgreiche Politik der letzten Legislaturen weiterzuführen und innovative Lösungen für die Zukunft zu schaffen. Mein Ziel ist es, Grenchen als attraktiven Wohn- und Arbeitsort für alle Generationen weiterzuentwickeln.

Charlie Schmid: Aus meiner Sicht fehlt der Stadt Solothurn eine politische Vision und eine klare Führung. Wir sind die Kantonshauptstadt – das Zentrum einer Region mit 80 000 bis 100 000 Einwohnern. Wir müssten eine Leadfunktion übernehmen, stattdessen halten wir uns zu oft mit Nebensächlichkeiten auf.

2 Welche grossen Herausforderungen kommen in den nächsten vier Jahren auf Grenchen und Solothurn zu?

Charlie Schmid: Wir haben unser Eigenkapital von 80 Millionen Franken innert vier Jahren verbraucht. Die Verschuldung nimmt in rasantem Masse zu. Zudem verzeichnete die Stadt in den letzten 10 Jahren ein Nullwachstum. Wir müssen qualitativ wachsen, gute Steuerzahlende anziehen und effizienter werden, damit wir als Stadt attraktiv bleiben.

Susanne Sahli: Die wirtschaftliche Stabilität der Stadt, die Weiterentwicklung moderner Wohn- und Freizeitangebote sowie das generelle Wachstum sind zentrale Herausforderungen. Es gilt, den Spar- und Druck durch kreative Lösungen auszugleichen und Grenchen zukunftssicher zu machen.

3 Welche liberalen Werte würden Sie im Amt als Stadtpräsidentin beziehungsweise Stadtpräsident vertreten?

Charlie Schmid: Es braucht in Solothurn eine Kultur des Ermöglichens. Es ist in der Bevölkerung so viel Innovations- und Gestaltungskraft vorhanden. Aber die Behörden suchen oft nach Gründen, um etwas zu verhindern, statt die Menschen zu unter-

stützen. Es braucht viel mehr Pragmatismus, einfachere Lösungen und einen Dialog auf Augenhöhe.

Susanne Sahli: Mir ist es wichtig, bodenständig zu handeln und Entscheidungen mit gesundem Menschenverstand zu treffen. Die typisch freisinnigen Werte wie Eigenverantwortung, Sicherheit und Gemeinnutzen stehen dabei im Mittelpunkt. Ich setze mich für pragmatische Lösungen ein, die das Leben in Grenchen für alle berechenbar und lebenswert machen.

4 Susanne Sahli, was macht die Stadt Grenchen besser als Solothurn?

Susanne Sahli: Wir haben eine unterschiedliche Ausgangslage, daher ist es schwierig, einen Vergleich zu ziehen. Um es jedoch mit Humor auf den Punkt zu bringen, zitiere ich gerne – freilich das nicht ganz ernst gemeinte – Fazit eines FDP-Nationalrats während seines Besuches in Grenchen: «In Grenchen wird getüftelt und gewerkelt, in Solothurn gelebt und genossen.»

5 Charlie Schmid, was macht die Stadt Solothurn besser als Grenchen?

Charlie Schmid: Von aussen betrachtet, wünschte ich mir eher, dass sich Solothurn an der guten Standortförderungs- und Politik Grenchens ein Beispiel nehmen würde. So sah ich etwa ein Plakat: «Die Stadt Grenchen gratuliert der Infotech AG zum Solothurner Unternehmerpreis 2024.» Die Firma ist nach 40 Jahren in Solothurn weggezogen, weil man sich mit den Behörden nicht rasch genug über einen Neubau einigen konnte. In Grenchen war es aber offenbar möglich. Es ist in Solothurn viel zu wenig Verständnis für die Anliegen von Wirtschaft und Gewerbe vorhanden. Hingegen kann natürlich die Grenchner Fasnacht bei weitem nicht mit Solothurn mithalten (schmunzelt).

6 Susanne Sahli, du wirst in Grenchen von den bürgerlichen Parteien unterstützt. Wie ist diese Kooperation zustande gekommen?

Susanne Sahli: Die Zusammenarbeit basiert auf gemeinsamen Werten und dem Ziel, die erfolgreiche, bürgerliche Politik der letzten Jahre weiter-

zuführen und Grenchen voranzubringen. Mein Engagement und meine Vision für die Stadt haben breite Unterstützung gefunden, was diese Kooperation möglich machte.

7 Charlie Schmid, wie willst du die bürgerlichen Parteien in der Stadt Solothurn für dich gewinnen?

Charlie Schmid: Als Co-Fraktionschef im Gemeinderat pflege ich einen guten Draht zu allen Parteien. Der Schlüssel ist für mich, wieder Vertrauen zu schaffen in allen Reihen. Dieses hat in letzter Zeit stark gelitten. Ich will allen, nicht nur der bürgerlichen Seite zeigen, dass mit mir eine verlässliche und gradlinige Person gewählt wurde.

8 Die Wahlen finden am 29. Juni statt. Worauf freut ihr euch am meisten im bevorstehenden Wahlkampf?

Susanne Sahli: Ich freue mich besonders darauf, mit vielen Menschen in Kontakt zu treten und meine Vision für Grenchen zu teilen. Neue wie auch bewährte Formate wie «Susanne bi de Lüt» und «Politik, Prosecco und Powerfrauen» bringen mich direkt zu den Leuten. Sie stehen auch für den frischen Wind, den ich in die politische Debatte bringen möchte.

Charlie Schmid: Wenn ich ein Projekt anpacke, dann tue ich das mit Herzblut und Hingabe. Der Wahlkampf soll zudem den Freisinnigen Freude bereiten und sie motivieren, sich für liberale Anliegen einzusetzen. Persönlich freue ich mich auf das Abenteuer und bin gespannt auf die Erlebnisse – die positiven wie die negativen.

«In Grenchen wird getüftelt und gewerkelt, in Solothurn gelebt und genossen.»

Adriana Marti-Gubler, Parteisekretärin

92 Kandidierende

Für mehr Freisinn

Die FDP ist bestens gerüstet für die Kantonsratswahlen vom 9. März 2025.

Die fünf Amteien Bucheggberg-Wasseramt, Dorneck-Thierstein, Olten-Gösgen, Solothurn-Lebern und Thal-Gäu haben jeweils starke Listen zusammengestellt. Unsere freisinnigen Kandidatinnen und Kandidaten übernehmen Verantwortung – sei es im Büro, auf der Baustelle, in der Gemeinde, auf dem Fussballplatz oder auch im Vorstand der Spitex.

Die Diskussionen rund um das Massnahmenpaket und die finanzpolitische Ausrichtung des Kantons Solothurn haben gezeigt: Es braucht mehr Kantonsrätinnen und Kantonsräte, die wirklich Verantwortung für unseren Kanton und dessen Bevölkerung übernehmen. Oder anders: Es braucht mehr Freisinn.

*Du hast
die Wahl.*

Kandidierende Bezirk Bucheggberg-Wasseramt

* = bisher



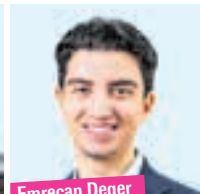
Bruno Bartlome

Mühledorf
Landwirtschafter,
Betriebsberater



Misra Canbaz

Subingen
Studentin
Rechtswissenschaften



Emrecan Deger

Biberist
Student
Rechtswissenschaften



Jonah Feer

Biberist
Student Wirtschaftswissenschaften



Jan Flückiger

Recherswil
Schulleiter,
Sportlehrer



Reto Friedli

Zuchwil
Leiter IT-Standards



Björn Furrer

Gosslwil
Senior Techniker



Etienne Gasche

Oekingen
Leiter Sozialdienst



Tobias Gatschet

Lohn
Elektroingenieur



Sarah Hartmann

Schnottwil
Bauingenieurin



Dominik Kargl

Lüterkofen
Verkaufsleiter



Damian Kaufmann

Kyburg-Buchegg
Produktmanager



Michael Kummli*

Subingen
Leiter
Personal und Finanzen



Lukas Lohm

Biberist
Fitnessinstruktor



Manuela Misteli*

Biberist
Geschäftsführerin



Melanie Racine

Zuchwil
Geschäftsführerin



Nadine Racine

Biberist
Politische Mitarbeiterin



Martin Rufer*

Lüsslingen
Direktor Schweizer
Bauernverband



Christian Scheuermeyer

Deitingen
Leiter Finanzen



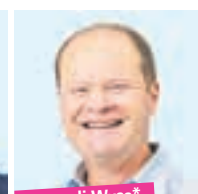
Roman Schöll

Recherswil
Kaufmann



Sabrina Weisskopf*

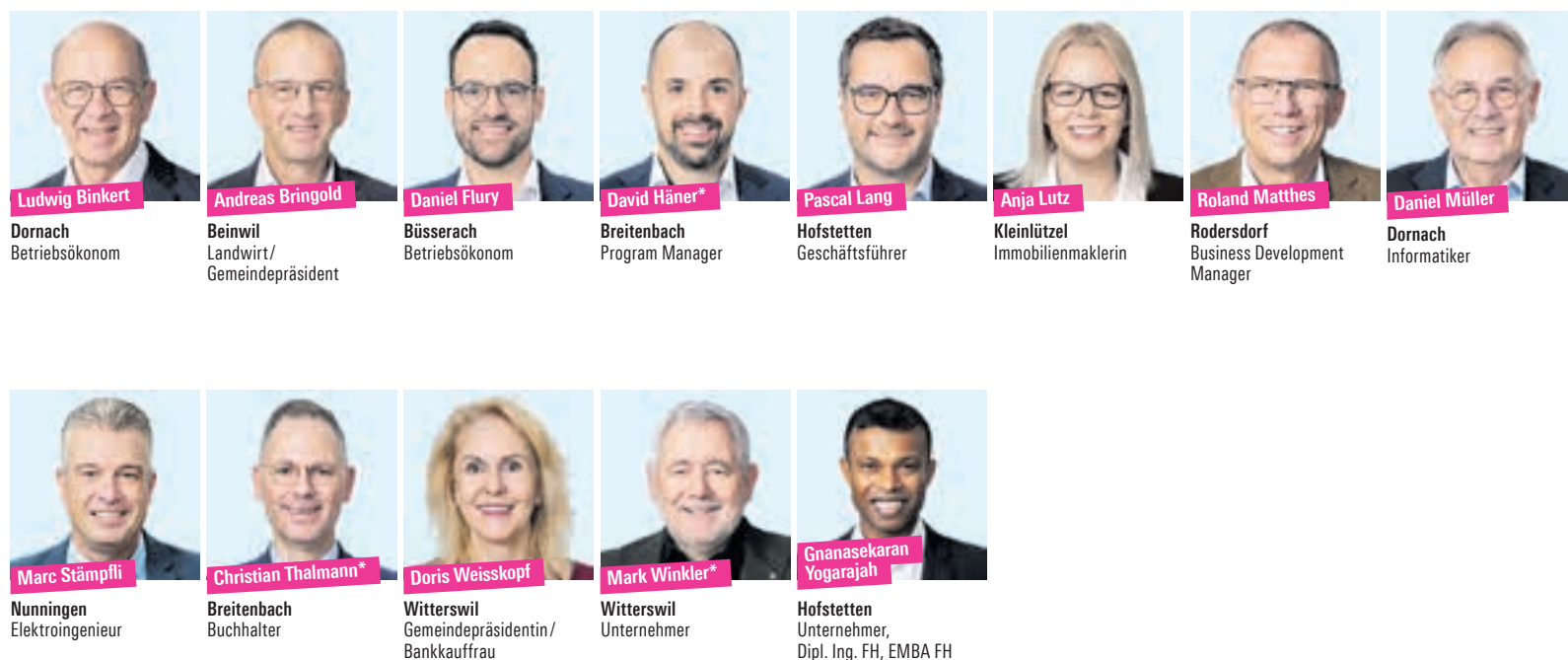
Biberist
Rechtsanwältin



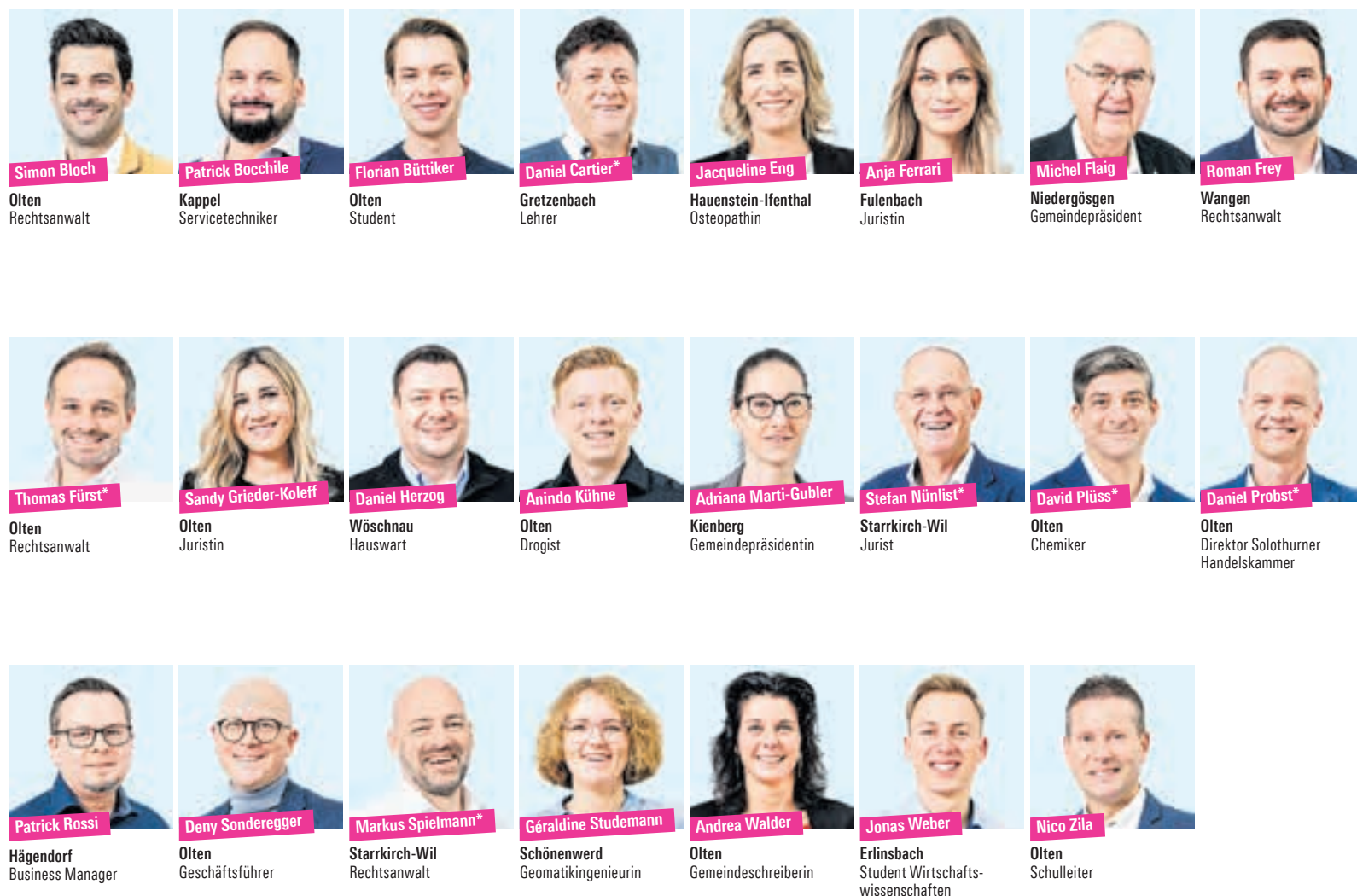
Hansueli Wyss*

Brugglen
Meisterlandwirt

Kandidierende Bezirk Dorneck-Thierstein



Kandidierende Bezirk Olten-Gösgen



Solothurn • Kantonsratswahlen

Kandidierende Bezirk Solothurn-Lebern

 Hubert Bläsi* Grenchen Gesamtschulleiter i. R.	 Markus Boss Rüttenen Bankdirektor	 Markus Dietschi* Selzach Landwirt, Unternehmer	 Robert Gerber Grenchen Ehemaliger Polizeikommandant	 Christian Herzog* Solothurn Unternehmer	 Michael Kiefer Solothurn Bankdirektor	 Barbara Leibundgut* Bettlach Gemeindepräsidentin	 Maria Lo Giudice Grenchen Unternehmerin
 Marco Lupi* Solothurn Leiter Kommunikation	 Benjamin Müller Günsberg Unternehmer	 Gina Rizzoli Solothurn Studentin Humanmedizin	 Susanne Sahli Grenchen Wirtschaftsförderin, Unternehmensberaterin	 Matthias Scheidegger Grenchen Assistent Steuerberatung	 Andreas Scheurer Bellach Betriebsökonom, Unternehmer	 Konrad Schleiss Grenchen Agronom	 Sandra Sieber Grenchen Schauspielerin, Landwirtin
 Christoph Siegel Balm Physiker, Gemeindepräsident	 Carlos Vidal Solothurn Unternehmer	 Matthias Wälti Solothurn Schreiner	 Daniel Wiedmann Solothurn Vermögensberater	 Daniel Wyss Grenchen Sachbearbeiter Controlling			

Kandidierende Bezirk Thal-Gäu

 Denise Bürgi Egerkingen Geschäftsführerin	 Theodor Hafner Oensingen Informatiker i. R.	 Roland Kissling Oberbuchsiten Informatikingenieur	 Freddy Kreuchi* Balsthal Gemeindepräsident/ Bauingenieur	 Georg Lindemann* Wolfwil Gemeindepräsident/ Geschäftsführer	 Nikoletta Milani Matzendorf Dipl. Kauffrau	 Andreas Rocca Neuendorf Sektionschef	 Mauro Schindler Oensingen Chemiker
 Andrea Stöckli Neuendorf Leiterin Leistungserbringer- Assessment	 Daniel Studer Härkingen Leiter Immobilienentwicklung	 Janick Sulser Egerkingen Finanzplaner	 Alex Wenger Balsthal Heizungsmeister	 Markus Wyss Kestenholz Finanzverwalter			

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Wir haben die Wahl

Präsidiale Gedanken

In diesem Jahr bestellen wir unsere Regierung, unser Kantonsparlament und unsere Gemeindeämter neu. Wir haben die Wahl. Wir dürfen entscheiden, in welche Richtung sich unser Kanton und unsere Gemeinden entwickeln. Grund genug, zuerst mal einen kritischen Blick zurückzuwerfen. In den letzten vier Jahren hat sich vieles verändert. Schon fast haben wir vergessen, dass unsere Regierung während der Corona-Krise mit Notrecht regiert hat. Wir erlebten einen starken, leistungsfähigen, zum Teil aber auch als übergriffig empfundenen Staat.

Doch auch wenn wir Corona unter dem Strich gut gemeistert haben, die damalige Krise hat die bestehenden Risse in unserer Gesellschaft zusätzlich vertieft. Und in der Zwischenzeit sind neue Themen dazugekommen, welche uns beschäftigen: die Bedrohung unserer Sicherheit durch den russischen Angriff auf die Ukraine im Winter 2022 und der darauffolgende Flüchtlingsstrom, das weitere Erstarken populistischer Kräfte in Europa, die erneute Präsidentschaft Donald Trumps oder die Gefährdung unserer Energieversorgung durch Europas Abhängigkeit von russischem Gas.

In der Schweiz beschäftigen uns zudem die finanzielle Situation der öffentlichen Hand bei Bund, Kanton und Gemeinden, aber auch bei unseren Sozialwerken. Wir sind konfrontiert

mit einem starken Wachstum unserer Bevölkerung, dem Auf- und Umbau unserer Energiewirtschaft, der Sicherstellung unserer Gesundheitsversorgung und einer wirtschaftlich doch eher fragilen Konjunktur in der Schweiz und in Europa. Diese Themen müssen in den kommenden Monaten und Jahren mutig angegangen und gelöst werden.

In der Öffentlichkeit und in den Parlamenten sind die Debatten jedoch seit längerer Zeit geprägt von Selbstprofilierung, Klientelpolitik und einer «Selbstbedienungsmentalität». Bei vielen politischen Parteien geht's nur noch darum, sich selbst mit allen Mitteln zu profilieren und das Maximum für ihre Wählerschaft zu ergattern. Das grosse Ganze und das langfristige Wohl von uns allen –

«Es gilt,
in den sauren Apfel
zu beissen und
Verantwortung zu
übernehmen.»

und damit eben auch Lösungen für die grossen Themen – bleiben auf der Strecke. In unserem Solothurner Kantonsrat erleben wir das in jeder Session. Klar sind beispielsweise Sparbemühungen mühselig und politisch schwierig. Aber in einem strukturschwachen Kanton wie Solothurn gehört das halt einfach zur ständigen unangenehmen Aufgabe von Regierung und Parlament.

Es gilt, in den sauren Apfel zu beissen und Verantwortung zu übernehmen. Mit Maximalforderungen, wie sie SP und Grüne fürs Staatspersonal stellen, oder mit Grundsatzopposition, wie sie die SVP mit der Ablehnung des Sparpakets betreibt, bringen wir unseren Kanton nicht weiter. Noch schlimmer ist die politische Arbeitsverweigerung der SVP rund ums neue Energiegesetz. Während die relevanten Verbände und anderen politischen Parteien gemeinsam einen guten Kompromiss zur Revision des veralteten Energiegesetzes erarbeitet haben, stand die SVP von Beginn weg abseits. Mit Arbeitsverweigerung, der Bewirtschaftung von Herausforderungen, polemischen Leserbriefen und lauter Dauerempörung ist kein Staat zu machen. Wer in die Regierung, in den Kantonsrat oder in eine Gemeindeexekutive will, muss politische Verantwortung übernehmen. Und das heisst: die Ärmel hochkrempeln, anpacken und bereit sein, mit anderen gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Wir Freisinnigen treten mit zwei Regierungsratskandidaten, 92 Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten sowie diversen Anwärtinnen und Anwärtern für die Gemeinderatswahlen an. Nebst unserer liberalen Wertvorstellung zeichnet uns alle der unbeugsame Wille aus, politisch zu arbeiten und Verantwortung für das grosse Ganze zu übernehmen. So wie wir das in all den Jahren zuvor immer täglich getan haben, so wollen wir das auch in den kommenden vier Jahren tun.

Im Namen aller freisinnigen Kandidierenden bitte ich euch, uns zu unterstützen und euch für uns einzusetzen. So können wir uns für euch und unseren Kanton und unsere Gemeinden einsetzen.

Mit herzlichem Dank für euer Vertrauen!
Stefan Nünlist



Junge, liberale Stimmen in der Politik

Die Jungfreisinnigen kandidieren für den Kantonsrat

Wir freuen uns, dass wir mit 14 Kandidierenden der Jungfreisinnigen auf den FDP-Listen in diversen Ämtern kandidieren. Aber was unterscheidet uns eigentlich von der Mutterpartei?

Die Jungfreisinnigen – ehemals Jungliberalen – politisieren konsequent nach dem Leitsatz: weniger Staat, mehr Freiheit. Bei uns engagieren sich junge Menschen bis und mit zum 35. Lebensjahr. Wir suchen und bilden den Nachwuchs der FDP anhand eigener Abstimmungskampagnen, Referenden und Initiativen.

Wir schätzen die gute Zusammenarbeit mit der FDP Kanton Solothurn und vertreten auch oft ähnliche Interessen. Nichtsdestotrotz behalten wir es uns vor, in gewissen Bereichen noch konsequenter liberal zu politisieren – bei Bedarf auch entgegen den Positionen der FDP.

Kürzlich forderten wir in einer Medienmitteilung «Nationalbank-Gewinne direkt an die Solothurner Bevölkerung». Kaum schreibt die Schweizerische Nationalbank Gewinne, werden politische Sonderinteressen laut. Dem wollen wir ein Ende setzen. Wir fordern, dass die allfälligen Gewinne der Schweizerischen Nationalbank durch Steuergutschriften un-

mittelbar an die Bevölkerung zurückverteilt werden.

Wir würden uns freuen, wenn wir diese liberalen Ideen auch im Kantonsrat umsetzen könnten. Herzlichen Dank für eure Stimme am 9. März!

Melanie Racine,
Präsidentin Jungfreisinnige Kanton Solothurn

Nichts verpassen!

Folgt uns gerne auf unseren Social-Media-Kanälen, um unseren Wahlkampf in den nächsten Wochen zu verfolgen.

Facebook: JF Solothurn
Instagram: jungfreisinnige_so
TikTok: jungfreisinnsolothurn

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Jungfreisinnigen

Anindo Kühne
Anja Ferrari
Emrecan Deger
Florian Büttiker
Gina Rizzoli
Jonah Feer
Jonas Weber
Lukas Lohm
Matthias Scheidegger
Melanie Racine
Misra Canbaz
Nadine Racine
Roman Schöll
Tobias Gatschet

Mitregieren ohne Mitverantwortung

Kolumne

Eigentlich ist es ein einfaches Prinzip: Wer die Wahlen gewinnt, kann die Regierung bilden, während die Unterlegenen auf die Oppositionsbänke verwiesen werden. So funktioniert es in den meisten westlichen Demokratien, vor allem seit weit über 100 Jahren in Grossbritannien, wo sich die Tories und die Labour Party regelmässig in der Ausübung der Regierungsverantwortung ablösen. Schwieriger wird es dann, wenn keine Partei in der Lage ist, allein zu regieren. Sie muss sich Koalitionspartner suchen, mit denen man sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen sollte. In Österreich ist man damit ebenso kläglich gescheitert, und ebenso kläglich gescheitert ist nach drei Jahren in Deutschland eine Dreiparteienregierung, die sogenannte «Ampelkoalition».

In der Schweiz existiert seit 45 Jahren die «Zauberformel», eine Vierparteienregierung, ein Regierungssystem, das vor allem auf Konsens ausgelegt ist. Das hat auch lange Zeit gut funktioniert, nämlich bis zum Zeitpunkt, als die beiden stärksten Regierungsparteien dazu übergegangen sind, sich gleichzeitig auch als Oppositionsparteien aufzuspielen.

Beispiel Nummer eins: die bilateralen Verträge mit der EU. Nach jahrelangen, zähen Verhandlungen ist es der Schweiz gelungen, mit der EU einen neuen Deal abzuschliessen, der aber von der SVP gleich in Bausch und Bogen verdammt wird, bevor man ihn überhaupt genauer studiert hat. Zudem hält sich der für die Aussenwirtschaftspolitik zuständige Bundesrat Guy Parmelin in dieser Sache äusserst passiv, damit er mit seiner Partei, der SVP, ja keinen Ärger bekommt. Ein Skandal, der in jedem anderen Land zu einer Regierungskrise oder einer Rücktrittsforderung führen würde, bei uns aber praktisch kommentarlos hingenommen wird, weil man ja weiss, dass die SVP gegen alles ist, was aus Brüssel kommt.

Beispiel Nummer zwei: die knapper werdenden Bundesfinanzzmittel. Die SP leistet es sich, zu ihrer finanzpolitischen Sprecherin ausgerechnet die Berner SP-Nationalrätin Tamara Funiciello zu bestimmen, die mehr durch rüpelhaftes Benehmen als durch staatspolitische Klugheit auffällt. Die Sparvorschläge der vom Bundesrat eingesetzten Expertengruppe wirft sie gleich vor eingeschalteter



Fernsehkamera demonstrativ und ungelesen in den Papierkorb. Vehement lehnt sie den Voranschlag 2025 ab, weil, wie sie sagt, er nicht ihr Budget ist. Auch dem von einer Einigungskonferenz zu den noch strittigen Budgetpositionen ausgehandelten Kompromiss kann sie und ebenso die ganze SP-Spitze nicht zustimmen. Die SP hätte es schlichtweg in Kauf genommen, dass zu Beginn eines neuen Jahres der Bundeshaushalt über keine verpflichtenden Kredite verfügt hätte. Permanent wird zudem vor allem von linker Seite gleich ständig mit dem Referendum gedroht, wenn ein Parlamentsbeschluss nicht so zustandegekommen ist, wie sie sich das vorgestellt hat.

Das ist selbstverständlich der freisinnigen Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter nicht entgangen. Sie hat es in ihrer Neujahrsansprache auf den Punkt gebracht: «Unsere direkte Demokratie lebt davon, dass man Entscheide auch dann akzeptiert und mitträgt, wenn man selber anders entschieden hätte.» Die Schweiz sei ein Land des Kompromisses. «Der Kompromiss ist es, der mehrheitsfähige Lösungen oft erst möglich macht. Für den Kompromiss braucht es die Einsicht, dass auch andere berechnete Anliegen haben», so Keller-Sutter.

Ob das bei der SP und der SVP angekommen ist? Zweifel sind angebracht. Aber mitregieren, ohne Mitverantwortung zu tragen, geht auf die Dauer nicht. Das ist vor allem der Wählerschaft in einem Wahljahr in Erinnerung zu rufen.

Urs Marti, Langendorf

AGENDA

Dienstag/Mittwoch, 28./29. Januar
Kantonsratssession

Samstag, 22. Februar
Wahltreff der FDP Frauen

Dienstag, 25. Februar
19 Uhr: Parteivorstandssitzung,
Gasthof von Arx, Egerkingen

Montag, 10. März
19 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung

Dienstag/Mittwoch, 11./12. März
Kantonsratssession

Den Jahresterminkalender und die Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:
www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/

Wechsel in den Ortsparteien

Lostorf
Christian Roth (neu) für Hansruedi Hug

Trimbach
Benjamin Tschumi und Peter Kohler (beide neu) für Max Berger

News

Yves Derendinger wird Staatsschreiber

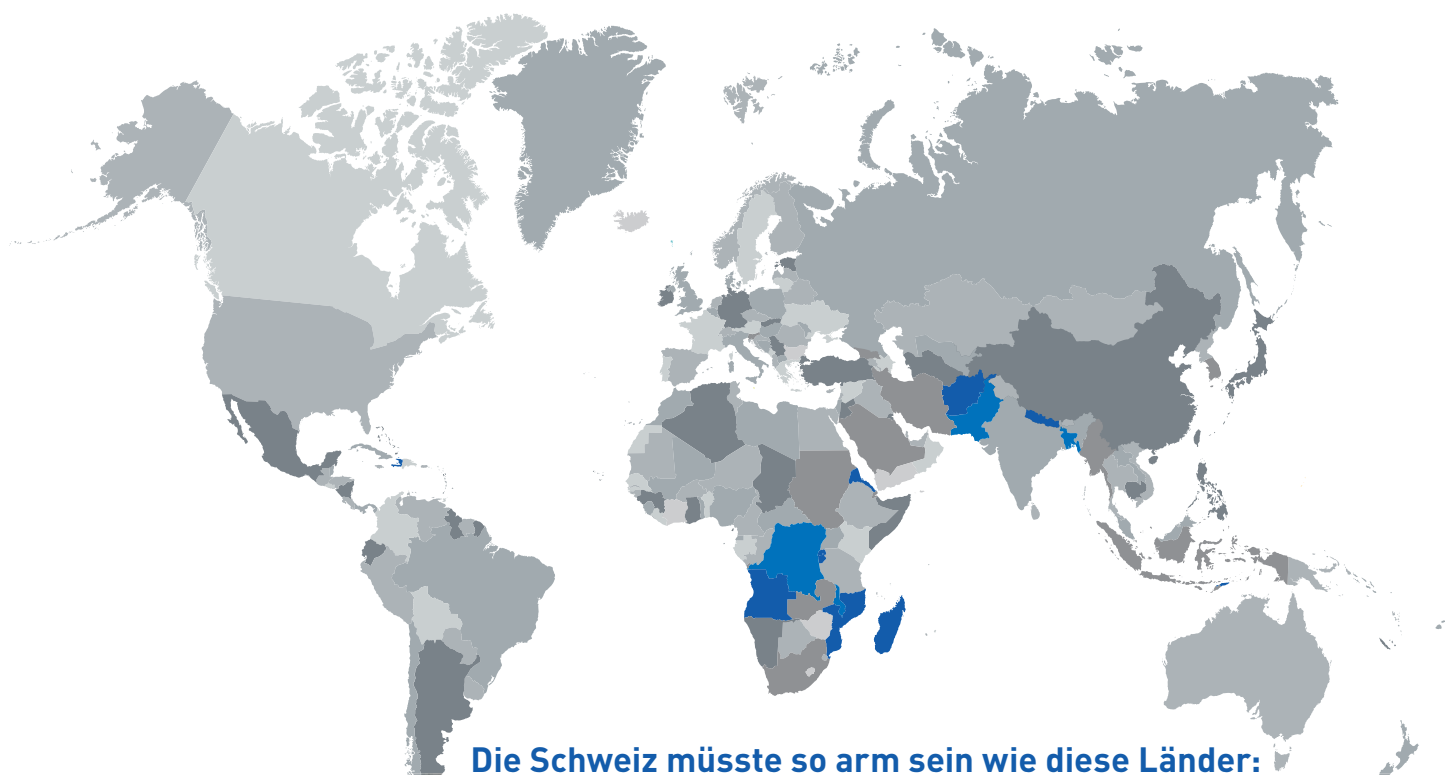
Nun ist bekannt, wer die Nachfolge des langjährigen freisinnigen Staatsschreibers Andreas Eng antreten wird: Der Regierungsrat hat Yves Derendinger, aktuell Amtsgerichtspräsident und Geschäftsleiter des Richteramtes Solothurn-Lebern, als neuen Staatsschreiber gewählt. Er tritt per 1. Juli 2025 in die Staatskanzlei ein und übernimmt deren Leitung per 1. August 2025. Die Kantonalpartei gratuliert Yves Derendinger ganz herzlich zu seiner Wahl.

Der 49-jährige Yves Derendinger ist – insbesondere in FDP-Reihen – bestens bekannt. Er war von 2002 bis 2010 Präsident der FDP Stadt Solothurn und von 2005 bis 2015 Mitglied des Solothurner Gemeinderates und der Gemeinderatskommission. Im Kantonsrat politisierte Yves Derendinger von 2003 bis 2005 als Mitglied der Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission und von 2007 bis 2014 als Mitglied der Justizkommission.

Nein zur Verarmungsinitiative

Eine Mogelpackung namens «Umweltverantwortungsinitiative»

Die Grünen wollen die Schweiz mit einer Volksinitiative zurück in die Steinzeit katapultieren. Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde. Bei solchem Unsinn macht die FDP nicht mit. Deshalb haben wir die Führung der bürgerlichen Allianz gegen die Verarmungsinitiative übernommen.



Die Schweiz müsste so arm sein wie diese Länder:

Afghanistan, Angola, Bangladesh, Burundi, RD Congo, Érythrée, Haïti, Madagascar, Malawi, Mozambique, Népal, Pakistan, Tadjikistan, Rwanda, Timor-Leste

Am 9. Februar stimmt die Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (siehe Infobox) der Jungen Grünen ab. Eine Annahme der Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe auf Gesellschaft und Unternehmen zur Folge. Bund und Kantone müssten zu rigorosen Regulierungen und massiven Lenkungsmassnahmen greifen, um die Reduktion innert der gesetzten Frist von 10 Jahren zu erreichen. Betroffen wären insbesondere die Bereiche Mobilität, Ernährung und Wohnen. Global gesehen wäre die Wirkung der Initiative minimal. Der massive Wohlstandsverlust wäre nicht mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Statt des utopischen Alleingangs sollte der eingeschlagene Weg der internationalen Zusammenarbeit weiterverfolgt und ausgebaut werden.

«Für die Umsetzung ihrer Utopie des Ökosozialismus nehmen sie in Kauf, dass die Schweiz verarmen würde.»

Wohlstandsniveau eines Entwicklungslandes droht

Aktuell haben 15 Länder einen planetaren Fussabdruck von unter einer Erde und erfüllen somit die Anforderungen der Initiative. Darunter findet man Länder wie Afghanistan, Haïti und Madagaskar. Diese Länder haben nicht eine effiziente Ressourcennutzung, sondern ein extrem tiefes Wohlstandsniveau aufgrund schwieriger politischer und wirtschaftlicher Umstände, unter denen die Bevölkerung leidet. Die Wirtschaftsleistung dieser Länder ist durchschnittlich 80-mal kleiner als diejenige der Schweiz, und trotzdem ist der ökologische Fussabdruck in der Schweiz nur rund 5-mal grösser als in den oben genannten Ländern (siehe Grafik oben).

Die Initiative trifft alle – und kommt einer sozialpolitischen Bombe gleich

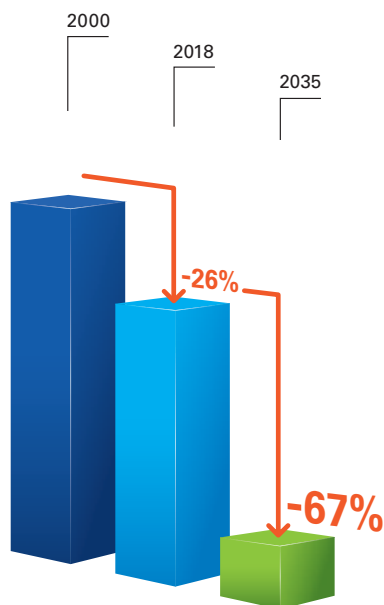
Die Initianten sprechen davon, dass «Profitkonzerne jetzt Verantwortung übernehmen und ihren finanziellen Beitrag für den Wandel der Wirtschaft und Gesellschaft leisten müssen». Sie verschweigen aber gerne, dass die Auswirkungen der Initiative die Ärmsten am meisten treffen. Zum einen explodieren die Preise für Heizung, Benzin und Grundnahrungsmittel, zum anderen müssten staatliche Leistungen radikal gekürzt werden, weil dem Staat die Steuereinnahmen fehlen und er in die Transformation der Infrastruktur investieren müsste. Dies bekräftigte auch Babette Sigg Frank (Konsumentenforum) an der überparteilichen Medienkonferenz am 16. Dezember: «Die Initiative ist ein absoluter Kaufkraftkiller: Explodierende Preise und leere Regale wären die Folge.»

Konsumverzichte und staatliche Eingriffe

Die Forderung der Initiative, dass die Schweiz innerhalb von 10 Jahren ihre Umweltbelastung gesamthaft um rund 67% reduzieren muss, kann nur mit Konsumverzicht und Staatsmassnahmen erreicht werden (siehe Grafik: Radikaler Zeitplan unten).

Radikaler Zeitplan

Gesamtumweltbelastung



In den letzten 18 Jahren wurde die Gesamtumweltbelastung um 26 Prozent gesenkt. Mit dem Öko-Diktat soll er innert 10 Jahren um 67 Prozent gesenkt werden. Das ist utopisch.

Quelle: Treeze GmbH & EBP Schweiz AG. (2022). Umwelt-Fussabdrücke der Schweiz: Entwicklung zwischen 2000 und 2018. Im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt (BAFU)

Der Footprint-Rechner von WWF zeigt auf, mit welchen Massnahmen ein Fussabdruck von 1 oder darunter erreichbar wäre: Verzicht auf tierische Produkte wie Käse, Milch, Eier oder

«Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen oder was wir essen.»

Fleisch. Verzicht auf Autofahren und Fliegen, der öffentliche Verkehr wäre nur noch situativ möglich, mit der Konsequenz, dass man sich nur noch mit dem Velo oder zu Fuss fortbewegen kann. Weiter dürfte man nicht mehr als 20 Franken pro Monat für Bekleidung und nicht mehr als 50 Franken pro Monat für die Freizeit ausgeben. Zudem bräuchte es Zwangssanierungen von Gebäuden, vorgegebene Raumtemperaturen, Verzicht auf «unnötige» Geräte wie Tumbler oder einen zusätzlichen Gefrierschrank.

Der Konsum ist nicht einfach nur Konsum, sondern auch ein Stück Freiheit für mündige Bürger und Bürgerinnen: Wir wollen selber entscheiden, wann wir wohin reisen, was wir essen oder welche Freizeitaktivitäten wir pflegen. Das soll uns keine ideologische Partei mit einer verfehlten Volksinitiative vorschreiben.

Die Schweiz ist auf gutem Weg

Die Initiative ist nicht nur unrealistisch, sondern auch unnötig. Die mit der Umweltverantwortung verbundenen Grundsätze sind bereits in unserer Verfassung verankert. So ist die Schweiz in Artikel 73 in der Bundesverfassung verpflichtet, «ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen anderseits» anzustreben.

Am 9. Februar stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die sogenannte Umweltverantwortungsinitiative (Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen») ab.

Diese wurde von den Jungen Grünen eingereicht und wird von linken Parteien und Umweltverbänden unterstützt. Bundesrat, Nationalrat und Ständerat lehnen die extreme Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

Die Initiative fordert eine drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs und des Schadstoffausstosses innert 10 Jahren. Die Schweiz soll bis 2035 die planetaren Grenzen nicht mehr überschreiten. Das bedeutet, dass die Schweizer Bevölkerung ihren ökologischen Fussabdruck so weit reduzieren muss, dass alle Menschen auf der Welt gleich viele Ressourcen verbrauchen könnten, ohne den Planeten überzubeanspruchen.

Wir sind auf einem guten Weg: Der Schweiz ist es gelungen, das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.

Die Schweiz hat ihre industrielle Wertschöpfung seit 1990 mehr als verdoppelt und dabei die Emissionen um fast die Hälfte gesenkt. Durch Fortschritt und Innovation werden wir immer näher an die planetaren Grenzen rücken. Diese Entwicklung lässt sich aber nicht in wenigen Jahren erzwingen, ohne erhebliche Rückschritte in Kauf zu nehmen.

Die Initiative gefährdet das Wohlergehen der hoch innovativen Schweiz, die zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt. Um wirksame Massnahmen gegen den Klimawandel voranzutreiben, sind innovative Unternehmen und internationale Abstimmungen die beste Lösung.



Nadine Racine,
Campaignerin

Die Umweltpolitiker der FDP sagen Nein

zur schädlichen Verarmungsinitiative



Christian Wasserfallen,
Nationalrat aus dem
Kanton Bern und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Die Verarmungsinitiative will die Schweiz innerhalb von 10 Jahren zu einem Entwicklungsland degradieren. Unsere Wirtschaft würde auf den Stand von Ländern wie Haiti oder Angola schrumpfen. Wohlstand und soziale Errungenschaften sind damit in akuter Gefahr. Ökosozialismus und Konsumverbote will niemand.»



Thierry Burkart,
Ständerat aus dem
Kanton Aargau und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Eine Annahme dieser Initiative hätte einen massiven Wohlstandsverlust und weitreichende staatliche Eingriffe in unser Leben und unsere Freiheit sowie diejenige unserer KMU zur Folge. Staaten wie Afghanistan, Haiti oder Madagaskar erfüllen die Anforderungen der Initiative. Wollen wir dieses Niveau für die Schweiz? Nein, denn nur Staaten mit hohem Wohlstand können dem Umweltschutz hohe Priorität einräumen. Statt eines utopischen Alleingangs sollte die Schweiz den eingeschlagenen Weg der griffigen, sozial- und wirtschaftsverträglichen Klima- und Umweltpolitik weiterverfolgen.»



Susanne Vincenz-Stauffacher,
Nationalrätin aus dem
Kanton St. Gallen und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Selbstverständlich ist mit Ressourcen schonend umzugehen. Ein Blick auf die Welt zeigt aber, dass ein tiefer Ressourcenverbrauch nicht ein Zeichen von Nachhaltigkeit, sondern eines von Armut ist. Die wenigen Länder, welche die Initiative erfüllen, sind keine Vorreiter der Nachhaltigkeit. Die Menschen dort leben vielmehr aus purer Not innerhalb dieser Grenzen. Dies kann für uns kein Ziel sein. Mit Innovation und Fortschritt werden wir aber den eingeschlagenen Weg zu mehr Effizienz fortsetzen.»



Damian Müller,
Ständerat aus dem
Kanton Luzern und
Mitglied der Kommission
für Umwelt, Raumplanung
und Energie

«Die Umweltverantwortungsinitiative stellt eine Bedrohung für die Schweiz dar. Mit drastischen Konsumreduktionen von 67 Prozent fordert sie ein unrealistisches Mass an Einschnitten, das Unternehmen zu tiefgreifenden Umstellungen zwingt. Branchen wie Mobilität, Ernährung und Wohnen würden durch Verbote und extreme Kostensteigerungen nahezu lahmgelegt. Das bedeutet weniger Innovation, Arbeitsplatzverluste und eine geringere Wettbewerbsfähigkeit.»

Hilf mit
das Öko-Diktat
zu stoppen!

nein-zur-verarmungsinitiative.ch



Bild: iStock



SP und Juso blasen zur Treibjagd auf die besten Steuerzahler und wollen dem bereits heute geschöpften Mittelstand zusätzliche Steuern von 3,7 Milliarden pro Jahr aufbürden. Für ihren Traum vom Sozialismus ist den Genossen alles recht: Dass Tausende Arbeitsplätze verschwinden würden, scheint sie nicht zu kümmern.

Die sozialistischen und komplett weltfremden Träumereien der Juso gehören mittlerweile zur politischen Auseinandersetzung wie der Deckel zum Topf. In regelmässigen Abständen lanciert die Jugendabteilung der SP klassenkämpferische Volksinitiativen, die den Genossen Marx mit Stolz erfüllt hätten, von der Schweizer Stimmbürgerin aber hochkant abgeschmettert werden. Die jüngste Initiative weist allerdings eine neue Qualität auf: Die geeinte SP-Spitze ist im Initiativkomitee vertreten. Damit ist klar: Die Enteignungsinitiative ist brandgefährlich!

Das fordert die Initiative

Mit der Initiative fordern SP und Juso eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögen ab 50 Millionen Franken – ohne Ausnahmen und zusätzlich zu allen kantonalen Einkommens-, Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Ausserdem fordert die Initiative, dass die Enteignung unmittelbar ab der Abstimmung gilt – noch bevor sich der Bundesrat und das Parlament mit der Umsetzung auseinandersetzen konnten. Das ist höchst undemokratisch und schafft Rechtsunsicherheiten! Deshalb verdient die Enteignungsinitiative ein klares Nein.

Kahlschlag im Service Public

Die potenziell von der Initiative betroffenen Personen und Unternehmen leisten heute einen wesentlichen Beitrag zum Steueraufkommen in der Schweiz: Nur 3 Prozent der Unternehmen bezahlen 90 Prozent der direkten Bundessteuer. Und nur 1 Prozent der Steuerzahler bezahlen 44 Prozent der Vermögenssteuern. Verlassen diese aufgrund einer neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer die Schweiz, kommt es zu massiven Steuerausfällen. Der Bundesrat rechnet in seiner Botschaft vor: Bei einer Annahme der Enteignungsinitiative kommt es zu Steuerausfällen von bis zu 3,7 Milliarden Franken pro Jahr.

Dieses Geld würde dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden schmerzlich fehlen. Diese müssten bei Schulen, öffentlichem Verkehr und Freizeitangeboten sparen. Die sozialistische Initiative von SP und Juso hätte demnach einen Kahlschlag im Service Public zur Folge.

Steuerhammer für den Mittelstand

Um den Kahlschlag im Service Public zu verhindern, müssten all diejenigen, die jeden Morgen den Wecker stellen und zur Arbeit gehen, die Milliardenausfälle mit höheren Steuern kompensieren.

Der Kanton Aargau rechnete jüngst vor: Die Ausfälle aufgrund der Juso-Enteignungsinitiative könnten «mit einer Erhöhung des ordentlichen Steuerfusses um 1,2 Prozentpunkte[n] kompensiert werden». Eine saftige Rechnung für den Mittelstand!

Damit ist klar: Die perfide Enteignungsinitiative ist nichts anderes als ein Frontalangriff auf den bereits heute stark belasteten arbeitenden Mittelstand und auf die KMU.



Lukas Aeckerli,
Leiter digitale Projekte und Campaigner

Jetzt engagieren!

Kämpfen Sie mit uns gegen die Juso,
die SP und den Sozialismus

Die FDP lehnt die Enteignungsinitiative der Juso ab und wird sie zum Wohle derjenigen, die selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen und nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben wollen, entschieden bekämpfen. Kämpfen Sie mit uns gegen dieses sozialistische Vorhaben. Mit vereinten freisinnigen Kräften werden wir diese Initiative deutlich versenken können.

Komitee beitreten und Enteignungsinitiative bekämpfen:



Hier geht's
zum Komitee



**WOLLEN WIR EINE SOLCHE SCHWEIZ?
Jetzt JUSO stoppen!**

Mein erstes Jahr im Bundeshaus

Zwischen Beruf, Privatleben und Politik

Seit einem Jahr gehören Bettina Balmer, Pascal Broulis und Simone Gianini dem nationalen Parlament an. Die drei FDP-Politiker geben Einblick in ihren neuen Alltag, in die Freuden und Frustrationen in der politischen Arbeit. Sie erzählen von ihren politischen Prioritäten und den prägendsten Momenten ihres ersten Jahres in Bern.



**Nationalrätin
Bettina Balmer
ZH**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Es gibt noch mehr Politik in meinem Leben. Der neue Arbeitsort in Bern bedeutet, dass ich häufig mit dem Zug unterwegs bin. Beruflich arbeite ich weiterhin zu 50 Prozent als Kinderchirurgin auf einer Notfallstation in Zürich und bin froh, dass sich mein Dienstplan mit meiner politischen Tätigkeit vereinbaren lässt. Die Koordination aller Termine ist manchmal eine echte Herausforderung, aber meine persönliche Mitarbeiterin unterstützt mich tatkräftig dabei, alles unter einen Hut zu bringen.

Sie sind Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst. Die Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation sowie die Kulturbotschaft legen die Schwerpunkte für die Jahre 2025 bis 2028 in den entsprechenden Bereichen fest. Ich persönlich finde Bildung und Kunst wichtig, denke aber, dass der Spagat zwischen dem Wünschbaren und dem finanziell Machbaren auch hier eine grosse Herausforderung darstellt. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist zentral.

«Das neue Bildungspapier der FDP Schweiz ist eine wichtige Grundlage, welche die Prioritäten im Bildungsbereich sehr gut zusammenfasst.»

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrätin?

Ein Höhepunkt war sicher die erste Session: So viele Eindrücke! Die Vereidigung war sehr feierlich und die Bundesratswahlen haben gezeigt, dass man jetzt mittendrin ist. Besonders gefällt mir, dass man als Nationalrätin wirklich etwas bewegen kann. Ich habe dazu beigetragen, dass monoklonale Antikörper gegen RSV, also ein Schutz gegen die häufigen und für Säuglinge und Kleinkinder gefährlichen Atemwegsinfektionen, noch in diesem Winter zur Verfügung stehen. Das erspart viel Leid und durch weniger Krankenhausaufenthalte auch Kosten.



**Gabrielle De Simone,
Mitarbeiterin Kommunikation**



**Ständerat
Pascal Broulis
VD**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Wegen der vielen Kommissionssitzungen reise ich oft nach Bern und übernachtete dort. Das verändert meine Gewohnheiten. Das Umfeld im Bundeshaus und die Stadt Bern sind zum Glück sehr angenehm. Dank meiner 20-jährigen Erfahrung in der kantonalen Exekutive kannte ich die Mechanismen der Bundespolitik bereits vor meiner Wahl in den Ständerat. Als Parlamentarier bin ich aber neu ein Akteur der Bundespolitik. Das hat meine Rolle verändert.

Als Ständerat sind Sie verschiedenen Kommissionen beigetreten, darunter der Finanzkommission. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Wir leben in einer Zeit permanenter Unsicherheit. Militärische, geopolitische und finanzielle Krisen reihen sich aneinander. Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.

Damit erhalten wir uns die nötige Handlungsfähigkeit in einem anspruchsvollen Umfeld. Die Schuldenbremse ist deshalb einzuhalten. In ihrem Rahmen muss es uns gelingen, die Sozialwerke – insbesondere die AHV – nachhaltig zu finanzieren, und wir müssen die Armee stärken. Dafür setze ich mich ein. Gleichzeitig dürfen wir nie vergessen, dass die Stärke unseres Landes in seiner Vielfalt und seinem föderalen Zusammenhalt liegt.

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Ständerat?

Zwei Dinge fallen mir sofort ein: die ausgezeichnete Atmosphäre in der kleinen Kammer und der gegenseitige Respekt unter den Ständeratskolleginnen und -kollegen. Als Waadtländer Ständerat habe ich einen starken Bezug zu den Behörden und Institutionen meines Heimatkantons. Als Kompass für meine Arbeit dienen mir die Werte Freiheit und Verantwortung, die wir als FDP teilen.

«Als Finanzpolitiker ist es mir wichtig, dass wir unsere Ausgaben im Griff haben.»



**Nationalrat
Simone Gianini
TI**

Wie organisieren Sie den Spagat zwischen Beruf, Privatleben und Ihrem politischen Engagement auf Bundesebene?

Vor einem Jahr bin ich als Vizebürgermeister der Stadt Bellinzona ins nationale Parlament eingezogen. Die Arbeit im Bundeshaus erfordert einen Perspektivenwechsel: Weg vom Tagesgeschäft einer lokalen Exekutive, hin zu einer langfristigen Perspektive auf nationaler Ebene. Im Vergleich zu früher bin ich nicht mehr jeden Abend bei meiner Frau und meinen drei Kindern, und ich musste mich neu organisieren, damit ich auch von Bern aus meiner Arbeit als Anwalt nachgehen kann.

Sie sind Mitglied der Kommission für Rechtsfragen. Welche Prioritäten sehen Sie in diesem Bereich?

Die Rechtskommission ermöglicht einen interdisziplinären Blick auf gesellschaftliche Themen. Als Jurist konnte ich mich sofort in die Arbeit einbringen und wichtige Entscheide mitprägen. Nach dem umstrittenen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

nen Urteil zum Klimaschutz beschäftigen wir uns beispielsweise mit dem Verhältnis der Schweiz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir erwarten, dass dieser im Rahmen seiner Kompetenzen handelt, um die bisher hohe Akzeptanz der EMRK in der Schweizer Bevölkerung nicht zu gefährden.

Was war ein besonders eindrückliches Erlebnis in Ihrem ersten Jahr als Nationalrat?

Sicherlich der Tag der Vereidigung: feierlich und patriotisch. Aber auch der Moment, als das Plenum zum ersten Mal einen meiner Minderheitsanträge angenommen hat, war etwas Besonderes. In diesem Moment habe ich wirklich gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann. Ich hatte auch das Privileg, die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Tenero zu moderieren. Es war eine wichtige Gelegenheit, das Engagement der vielen Tessiner Freisinnigen für unsere Partei zu zeigen.

«Ich habe gespürt, dass man als Nationalrat den Gesetzgebungsprozess beeinflussen kann.»

Bild: AdobeStock



Die Zukunft ist digital

So gewinnen wir Abstimmungen und Wahlen.

Im vergangenen Jahr haben uns die linken und estatistischen Parteien ihre Macht bewiesen: Mit ausgeklügelten Digital-Kampagnen ist es ihnen gelungen, uns Mehrausgaben in Milliardenhöhe aufzudrücken, zentrale Infrastrukturprojekte zu blockieren und überfällige Reformen unserer Sozialwerke zu verhindern.

Über E-Mails, Whatsapp-Nachrichten und Social-Media-Videos erreichten sie die Menschen zielgerichtet und schafften es, ihre Botschaften – auch wenn deren Wahrheitsgehalt teilweise mehr als fragwürdig war – erfolgreich zu platzieren. Mit erheblichen Folgen für das Portemonnaie von uns Bürgerinnen und Bürgern.

Schon lange ist unsere politische Konkurrenz in einen Dauerwahlkampf übergegangen. Sie kämpft nicht nur von Abstimmung zu Abstimmung und

«Wir brauchen
schleunigst eine
durchgängige digitale
Kampagnen-
infrastruktur.»

in den Monaten vor den Wahlen, sondern wiederholt ihre Botschaften tagein, tagaus. Mit immer grösserer Reichweite und – gemessen an den jüngsten Abstimmungsergebnissen – mit zunehmendem Zuspruch.

Höchste Zeit, aus dem Dornröschenschlaf aufzuwachen und dem schleichenden Linksdrift entschlossen und mit Kampfgeist zu begegnen. Denn die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat gezeigt: Auch wir können digital mobilisieren. Inert kürzester Zeit konnten wir über 40 000 Menschen davon überzeugen, mit uns gegen den Griff des Staates nach den Vorsorgevermögen zu kämpfen.

Auf diesem Erfolg gilt es aufzubauen. Wir brauchenleunigst eine durchgängige digitale Kampagneninfrastruktur, die uns ermöglicht, die erfolgreiche

Petition zu skalieren und die Menschen noch gezielter auf den Themen abzuholen, die ihnen unter den Nägeln brennen.

Tocco – das digitale Rückgrat der FDP

Die heutige Mitgliederdatenbank der FDP ist überholt. Sie stammt noch aus dem Jahr 2007, ist also älter als das erste iPhone. Einen personalisierten Versand von E-Mails? Fehlanzeige. Betreuung von Spendern? Nicht möglich.

Der Fall ist klar: Wir brauchen eine neue Datenbank!

Die FDP möchte das veraltete Tool so rasch wie möglich mit Tocco, einer bewährten Schweizer Datenbank-Lösung, ersetzen. Dieses zeitgemässe Werkzeug ermöglicht der FDP ein zielgerichtetes Newsletter-Marketing, garantiert ein professionelles Fundraising und steigert die entscheidende Mobilisierung zu Abstimmungen und Wahlen.

Kurzum: Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.

«Tocco macht uns im digitalen Raum konkurrenzfähig und ist ein entscheidendes Puzzleteil, um die nationalen Wahlen 2027 gewinnen zu können.»

Aus dem FDP-Maschinenraum

Die Petition «Nein zur Vorsorgesteuer» hat richtig Spass gemacht! In einer Nachtschicht setzte ich die Infrastruktur auf, damit wir möglichst rasch live gehen konnten. Kurz vor der Veröffentlichung zeigte meine Smartwatch einen Puls an, den ich sonst nur vom Sport her kenne – so aufgeregt war ich. Als dann die Zahl der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im Minutentakt in Hunderterschritten stieg, traute ich meinen Augen nicht. Über 40 000 Personen sollten es am Schluss sein. Ein Grosse Erfolg für die FDP!

Lukas Ächerli,
Projektleiter Petition
«Nein zur Vorsorgesteuer»

Mit Ihrer Spende für das Projekt TOCCO ermöglichen Sie:

- 50 FRANKEN:
Datenmigration für 50 Parteimitglieder
- 100 FRANKEN:
Schulung einer Ortspartei im neuen Tool
- 250 FRANKEN:
Erstellung einer Briefvorlage (beispielsweise für eine Spendenbestätigung)
- 1000 FRANKEN:
Programmierung einer neuen Schnittstelle, beispielsweise für den personalisierten Versand des Präsidentenmails



Hier geht's zur
Donation-Page
(inkl. Twint).



Lukas Ächerli, Projektleiter Petition
«Nein zur Vorsorgesteuer»

Bild: iStock



Staatsdividende – jetzt!

Warum Steuerzahlende an staatlichen Haushaltsüberschüssen partizipieren sollen.

Der Kanton Basel-Stadt schwimmt im Geld, während die Steuerbelastung insbesondere beim Mittelstand schweizweit zu den höchsten zählt. Eine groteske Situation, welche nun dank eines innovativen Vorstosses aus dem Kreis der FDP künftig zumindest teilweise entschärft werden kann.

Die Krux mit der Steuersenkung trotz Einnahmeüberschüssen

Zugegebenermassen hat Basel-Stadt ein Luxusproblem. Der Kanton weist seit Jahren Überschüsse in Millionenhöhe aus. Die Verschuldung konnte dadurch seit Mitte der Nullerjahre erheblich reduziert werden, und selbst die 2019 eingeführte Unternehmenssteuerreform hatte wider Erwarten keinen negativen Effekt auf die Steuereinnahmen, im Gegenteil. 2023 wies der Kanton einen Überschuss von 423 Millionen Franken aus. Die wiederkehrenden Millionenüberschüsse wecken aber verständlicherweise Begehrlichkeiten. Folgerichtig wären zur Eindämmung der Überschüsse Steuersenkungen angebracht, wie sie von bürgerlicher Seite immer wieder gefordert werden. Solche Vorhaben scheitern jedoch in Basel-Stadt am zähen Widerstand der Linken. Diese bevorzugen alternativ chronischen Staatsausbau, verbunden mit Ausgabenerhöhung à gogo. Leidtragend ist und bleibt der steuerzahlende Mittelstand, liegt Basel doch bei der Steuerbelastung im schweizweiten Vergleich immer noch ganz weit hinten.

Rückerstattung von Überschüssen als möglicher Mittelweg

Was also tun? Eine mögliche Lösung läge eben darin, das Pferd stattdessen von hinten aufzuzäumen. Anstatt weiter den beschwerlichen politischen Weg für Steuersenkungen zu beschreiten, habe ich in einem Essay die Idee der Überschussrückvergütung beschrieben, wie künftig die Steuerzahlenden an den kantonalen Haushaltsüberschüssen teilhaben können. Dabei geht es simpel ausgedrückt um eine Art Dividende, welche der Kanton an die Steuerzahlenden ausrichtet, sofern gewisse Kriterien erfüllt sind.

Avenir Suisse hat den Vorschlag zu Beginn dieses Jahres in der Publikation «Budgetierung ausser Rand und Band» aufgenommen. Der Ansatz zur Rückerstattung von Haushaltsüberschüssen wurde daraufhin sowohl in den Medien wie auch politisch weitherum diskutiert.

Parlamentsentscheid macht Basel-Stadt zum First Mover

In Basel haben wir den Schwung aus diesem Diskurs im Februar 2024 genutzt und den Vorschlag in Form

einer Motion in den Grossen Rat gebracht. Dabei wurde auch bereits die konkrete Umsetzung formuliert. Diese sieht vor, dass bei vorhandener negativer Nettoverschuldung die kantonalen Überschüsse zu maximal 80 Prozent und proportional zum individuellen Steueraufkommen an die steuerzahlenden Privatpersonen zurückvergütet werden können. Unterstützt wurde der Vorstoss von sämtlichen bürgerlichen Parteien bis hin zur GLP. Jedoch überrascht aber, dass auch die Regierung die Motion entgegennahm und selbst die SP-Fraktion für die Erstüberweisung stimmte.

Nachdem im Oktober auch die Zweitüberweisung erfolgreich vom Grossen Rat verabschiedet worden ist, darf die Regierung um SP-Finanzministerin Tanja Soland nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Sie meinte in der Ratsdebatte dazu gar: «Meine Mitarbeitenden hätten sicher Freude daran, eine solche Vorlage auszuarbeiten.»

Es geschehen selbst am Rheinknie hin und wieder noch Zeichen und Wunder.



Christian C. Moesch, Grossrat FDP Basel-Stadt

Revision des Luftfahrtgesetzes

Schützen wir unseren Wohlstand!

Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung sind die Treiber der internationalen Mobilität. Trotz steigender Passagierzahlen verbleibt die Anzahl der Flugbewegungen konstant. Dennoch stehen die Landesflughäfen unter politischem Druck. Ein Überblick über Nutzen und Herausforderungen.

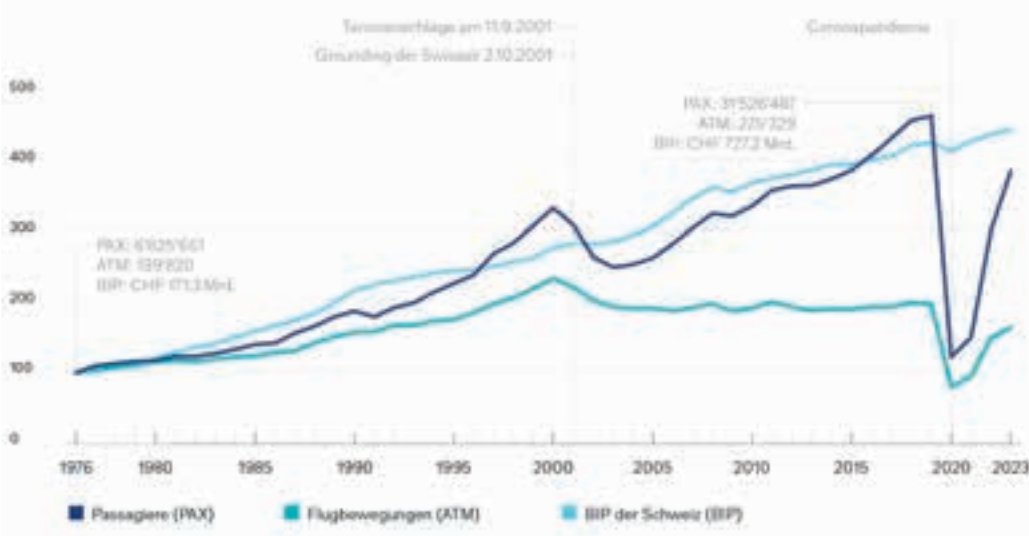
Die Landesflughäfen binden mit rund 60 Millionen Passagieren im Jahr die Schweiz mit der Welt an. Sie sind von elementarer Bedeutung für Tourismus, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und ermöglichen unseren Wohlstand. Denn die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie die zunehmende globale Verflechtung der Schweiz sind und bleiben die Treiber des Bedarfs nach internationaler Mobilität. Das verdeutlicht die Grafik: Die Passagierzahlen am Flughafen Zürich entwickeln sich entlang des BIPs. Bemerkenswert dabei: Die Anzahl Flugbewegungen weisen ein bedeutend flacheres Wachstum auf als die Passagierentwicklung. Der Grund sind grössere Flugzeuge und eine höhere Auslastung, mit welchen der beträchtliche Anstieg des Passagieraufkommens in den letzten beiden Jahrzehnten bewältigt werden konnte.

Die Bedeutung der Landesflughäfen ist auch an einigen Zahlen festzuhalten. 35% der ausländischen Gäste erreichen die Schweiz per Flugzeug und jährlich werden mehr als 50% der wertmässigen Schweizer Exporte per Luftfracht abgefertigt. Der Flughafen Zürich agiert dabei als einziges interkontinentales Luftverkehrs-Drehkreuz und bindet unser Land an die wichtigsten Metropolen der Welt an. Gute Verkehrsanbindungen zählen für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft zu den wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. 2024 sind über 200 Destinationen in 70 Ländern direkt von Zürich aus erreichbar. Und 44% der europäischen Wirtschaftsstandorte sind dank des Flughafens innerhalb von dreieinhalb Stunden erreichbar, ohne den Flughafen sind es lediglich 11%.

Wohlstand entsteht durch Handel. Und Handel basiert auf funktionierenden Verkehrsrouten. Das war vor 3000 Jahren schon so und gilt heute noch. Nur die Art des Verkehrsmittels und die globale Reichweite haben sich seither verändert. Deshalb ist ein Flughafen heute wichtiger als die geostrategische Lage des Seehafens. Zum Glück für die Schweiz.

Zum Glück auch für den Kanton Zürich. Denn die Flughafenstadt ist mit über 30000 Arbeitsplätzen

Die Luftfahrt erfüllt das Mobilitätsbedürfnis der Gesellschaft



bei über 300 Unternehmen ein bedeutender Wirtschaftsstandort im Kanton. Mit einer jährlichen Wertschöpfung von über 7 Milliarden Franken trägt das Flughafensystem rund 4,5% des kantonalen BIPs bei – die Einkommensverwendung induziert eine zusätzliche Wertschöpfung von 8,4 Milliarden Franken. Diese wirken sich bis weit in die benachbarten Kantone und die Grenzregion aus. Dazu werden täglich rund 1 Million Franken in die Erneuerung, den Ersatz und die Weiterentwicklung der Infrastruktur investiert.

Der Flughafen Zürich ist ein Wirtschaftsmotor und gemäss Bundesrat «systemrelevant», weil deren Ausfall zu einer massiven oder kompletten Störung des Systems führen würde. Als wichtiger Faktor im nationalen Transport- und Verkehrssystem ermöglicht er die Mobilität von Gütern und Personen, auf die Staat und Bevölkerung angewiesen sind. Um der Rolle des Flughafens Zürich als kritische Verkehrsinfrastruktur gerecht zu werden und seine Funktionsfähigkeit langfristig zu sichern, muss er stärker als solche berücksichtigt sowie geschützt werden. Dazu gehört der

Erhalt der aktuellen Betriebszeiten sowie die Lösung des Widerspruchs zwischen Flugbetrieb und Bevölkerungsentwicklung, damit der Anschluss der Schweiz an die Weltmärkte und damit unser Wohlstand auch in Zukunft sichergestellt sind.



Andrew Karim,
Vorstandsmitglied bei der FDP Winterthur und arbeitet für die Flughafen Zürich AG

NEIN zur Preisexplosion

Eidg. Abstimmung
9. Februar 2025

Verarmungs-Initiative

NEIN!

